

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Kurt-Dieter Grill,
Dr. Angela Merkel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/1314 –**

Strompreise in Deutschland angleichen – neue Stromsteuern im Osten aussetzen

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Konzept zur Annäherung der Strompreise zwischen Ost- und Westdeutschland vorzulegen und gleichzeitig das Gebiet der neuen Bundesländer bis zum Jahr 2003 im Rahmen der zweiten Stufe der Öko-steuerreform von einer Erhöhung der Stromsteuer auszunehmen. Im Hinblick auf die EU-Osterweiterung soll des Weiteren darauf hingewirkt werden, das Preisgefälle zu den osteuropäischen Staaten zu verringern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/1314 – abzulehnen.

Berlin, den 3. November 1999

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Dr. Paul Krüger
Vorsitzender

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatter

Dr. Michael Luther
Berichterstatter

Werner Schulz (Leipzig)
Berichterstatter

Jürgen Türk
Berichterstatter

Gerhard Jüttemann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Mathias Schubert, Dr. Michael Luther, Werner Schulz (Leipzig), Jürgen Türk und Gerhard Jüttemann

I. Verfahrensablauf

Der Antrag „Strompreise in Deutschland angleichen – neue Stromsteuern im Osten aussetzen“ – Drucksache 14/1314 – ist dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. September 1999 zur federführenden Beratung sowie dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen worden. Der Finanzausschuss und der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben sich am 3. November 1999 mit dem Antrag befasst. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage am 10. November 1999 beraten.

II. Inhalt der Vorlagen

In dem von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Antrag auf Drucksache 14/1314 wird die Bundesregierung aufgefordert, ein tragfähiges Konzept für eine Annäherung der Strompreise zwischen Ost- und Westdeutschland vorzulegen. Gleichzeitig solle das Gebiet der neuen Bundesländer bis zum Jahr 2003 im Rahmen der zweiten Stufe der Ökosteuerreform von einer Erhöhung der Stromsteuer ausgenommen werden. Die geplante Anhebung der Mineralölsteuer sowie der erst kürzlich eingeführten Stromsteuer belastet nach Auffassung der Antragsteller vor allem den Standort Ost mit seinen erhöhten Mobilitätsanforderungen an die Bevölkerung. Durch eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werde vor allem der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder erschwert. Da sich der Abstand der Strompreise zwischen den alten und den neuen Bundesländern seit Ende 1998 sogar noch vergrößert habe, werde der Standort Ost zunehmend unattraktiv für die Neuan siedlung von Betrieben und Investitionen. Diese Nachteile des Ostens würden sich dann noch wesentlich verstärken, wenn im Rahmen der EU-Osterweiterung osteuropäische Nachbarstaaten, deren Strompreise heute teilweise rund 40 % niedriger lägen als in den neuen Bundesländern, ihren Strom in die EU liefern könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Finanzausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmhaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., bei Stimmhaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. und der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Ausschussempfehlung

Die Fraktion der CDU/CSU hat zur Begründung ihres Antrags ausgeführt, dass die Strompreise in Ostdeutschland an das Niveau in Westdeutschland angeglichen werden müssten. Eine Ausnahmeregelung im Rahmen der neuen Stromsteuern zu Gunsten der neuen Bundesländer bis zum Jahr 2003 würde eine solche Annäherung der Preise unterstützen. Im Übrigen wurde auf den Antrag verwiesen.

Die Koalitionsfraktionen haben erklärt, den Antrag abzulehnen zu müssen, da der Spielraum für die Förderung der ostdeutschen Länder im Hinblick auf die europarechtlichen Grenzen staatlicher Fördermaßnahmen ausgeschöpft sei. Eine Ausnahmeregelungen im Rahmen der zweiten Stufe der Ökosteuerreform sei daher nicht möglich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Berlin, den 3. November 1999

Dr. Mathias Schubert

Berichterstatter

Dr. Michael Luther

Berichterstatter

Werner Schulz (Leipzig)

Berichterstatter

Jürgen Türk

Berichterstatter

Gerhard Jüttemann

Berichterstatter

